

In Posen außer in der
Exposition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. A. Altmann & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reseritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jabsch.

Posener Zeitung.

Einnundneunzigster

Jahrgang.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. A. Altmann & Co.,
Hauptstr. 20, 21,
Rudolph Hofe.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 110.

Mittwoch, 13. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amstliches.

Berlin, 12. Febr. Der König hat den praktischen Aerzten Dr.
Moritz Mortimer Feig und Dr. Ferdinand Julius
Ernst Junge zu Berlin den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung.

Berlin, 12. Februar. Am Ministertische: von Puttkamer,
von Scholz, von Böttcher.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Verathung über
den Etat für das Haus der Abgeordneten.

Dazu liegt folgender Antrag des Gesamtvorstandes des Abge-
ordnetenhauses vor:

Unter Wiederholung der Resolution vom 2. März 1882 und im
Verfolg des Antrages vom 3. März 1883 die Staatsregierung aufzu-
fordern, die Vorbereitungen zum Bau eines neuen Geschäftsgebäudes
des Hauses der Abgeordneten nunmehr endlich dergestalt zu fördern,
daß jedenfalls noch im Laufe der gegenwärtigen Session die Bauaus-
führung, insbesondere, durch Bestimmung des Bauplatzes, sicher ge-
stellt wird.

Abg. Berger beantragte, diesen Antrag mit folgendem Ein-
leitungssatz anzunehmen:

In Ermüdung, daß das Haus der Abgeordneten das mittelst
Schreibens der Staatsregierung vom 3. Februar d. J. vorge-
schlagene Terrain an der projektirten Uferstraße zur Errichtung
eines Geschäftsgebäudes für unzureichend und unge-
eignet erachtet. —

Das erwähnte Schreiben der Staatsregierung empfiehlt
einen Bauplatz, der aus Theilen der in der Dorotheenstraße unter
den Nummern 43 bis 45 belegenen Grundstücke, sowie aus einem
Theile des anstoßenden, an der verlegten Sommerstraße belegenen, dem
Deutschen Reiche zugehörigen Grundstückes gebildet wird. Von den
gedachten Grundstücken befinden sich die unter den Nummern 43 und
44 eingetragenen Grundstücke im Eigenthume der Seehandlungs-Gesellschaft
und können für den Bauwerd gegen Zahlung des Selbstkostenpreises
jeder Zeit abgetreten werden; der Selbstkostenpreis beläuft sich für die
abzutretende Fläche auf rund 1,712,000 Mk. In dem Schreiben heißt
es dann weiter: „Das dem Deutschen Reiche zugehörige Grundstück
wird — soweit als erforderlich — voraussichtlich umsonst erworben
werden können. Das im Privatbesitz befindliche Grundstück Nr. 45
wird, soweit daselbe bedurft der Arrondierung des Bauplatzes erforderlich
ist, nöthigenfalls zu enteignen sein; die zu diesem Zwecke erforderliche
Allerhöchste Ordre ist ertheilt. Die Größe dieses Bauplatzes beträgt
76,00 Ar, wird also — nach, einen umfangreichen, allen Geschäfts-
bedürfnissen des Hauses der Abgeordneten entsprechenden Neubau auf-
zunehmen.“

Abg. Berger wirft einen Rückblick auf die Geschichte des Haus-
es. Das Gebäude ist im Winter 1848—49 in sieben Wochen flüchtig
umgebaut worden. Man hielt damals das Haus nur für 5—10 Jahre
bestimmt, da man, wie man sagte, „konstitutionellen Schwin-
del“ überhaupt keine lange Lebensdauer sich versprach. Die Nothwen-
digkeit eines Neubaus stellte sich sehr bald heraus; in den Jahren
1865, 1866, 1873, 1874 hat das Abgeordnetenhaus wiederholt den
Beschluss gefaßt, das Terrain der Porzellan-Manufaktur für das neu
zu erbauende Geschäftsbaus der Abgeordneten zu empfehlen. Im
Jahre 1874, als die Regierung das Terrain der Porzellan-Manufaktur
für ein anderes Gebäude zu verwenden wünschte, hat dieses Haus
ausdrücklich erklärt, daß es dieses Terrain durchaus für sein projektir-
tes Geschäftsgebäude verwendet zu sehen wünsche. Diesem Wunsche
hat das Haus in den letzten beiden Jahren wiederholt Ausdruck ge-
geben, bis dann zu allgemeiner Ueberraschung Minister v. Scholz
erklärte, jenes Terrain könne gewisser Hindernisse wegen nicht für
das Gebäude der Abgeordneten verwendet werden — welches
diese Gründe waren, ist uns nicht mitgetheilt worden. Ein
Grund könnte vielleicht darin gefunden werden, daß das Herren-
haus sich weigern könnte, ein Stückchen Gartenterrains abzu-
treten. Ich habe jedoch viel zu viel Hochachtung vor dem Her-
renhause, als daß ich glauben könnte, es könnte dieses kleine Stückchen
eines wenig benutzten Gartens dem Abgeordnetenhaus verlagern, eines
Gartens, welchen kaum hundert Mitglieder des Herrenhauses je be-
treten. Zu welchem Zwecke aber, frage ich, will man das Terrain der
Porzellan-Manufaktur denn eigentlich verwenden? Hätten wir Anno
1866 geahnt, daß bis heute noch nicht die damals in Aussicht gestellte
Durchführung der Zimmerstraße ausgeführt worden, wir hätten wahr-
lich damals nicht für den Bau des Ethnologischen und des Gewerbe-
museums an der Stelle, wo sie heute sich befinden, gestimmt. (Sehr
richtig.) Der von uns gewünschte Bauplatz an der Zimmerstraße würde
fast kostenlos zu haben sein, der von der Staatsregierung jetzt vorge-
schlagene Platz an der Dorotheenstraße würde unter 4 Millionen Mark
nicht zu haben sein. (Hört, hört.) Die Wahl zwischen einem geeigneten,
4 Millionen Mark kostenden Terrain kann doch, sollte ich meinen,
einem Vertreter des steuerzahlenden Volkes nicht schwer fallen. (Beifall
links und im Centrum.) Die Regierung hat sich für die bloße Ewen-
tualität der Vorlage bereits eine Expropriationsordre ertheilen lassen.
Wenn eine solche Ordre so leicht zu erhalten ist, so könnte sich die Re-
gierung doch auch einmal bemühen, eine Expropriationsordre für das
Stückchen Garten des Herrenhauses zu erlangen. (Weiterkeit.) Das
Projekt der Regierung wird auch damit verfochten, daß ein Zusammen-
tagen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses erleichtert
werden würde, wenn beide Häuser neben einander aufgebaut wären.
Ich bin nun überhaupt gegen das Zusammenlagern beider Häuser,
aber wenn es nicht vermieden werden kann, so ist es doch besser, wenn
die Abgeordneten mit Doppelmandaten zwischen den beiden Häusern
einen viertelständigen Spaziergang haben, als wenn sie von einem
Hause unmittelbar in das andere gehen. (Weiterkeit.) Bei dieser Ge-
legenheit sei doch auch gleichzeitig hervorgehoben, um wie viel größer
das neue Reichstagsgebäude werden wird, als der von uns projektirte
Neubau des Abgeordnetenhauses. — Die Nothlage, in der unser jetsi-
ges Gebäude sich befindet, ist eine derartige, daß, wäre dieses Haus
an Theater, es schon längst wegen Feuergefahrlichkeit geschlossen wor-
den wäre. (Weiterkeit.) Ich bitte Sie, aus all diesen Gründen meinem
Antrage zuzustimmen. (Beifall links)

Minister von Scholz: Das vom Hause vorgeschlagene Terrain
an der Zimmerstraße bietet allerdings viele Vortheile, aber es
sprechen doch auch sehr viele Gründe dagegen. Zunächst steht
diesem Plane das Prinzip entgegen, Gärten mit alten Baumbestän-
den im Interesse der Bevölkerung und ihrer Gesundheit zu erhalten.
(Weiterkeit links.) Das Abgeordnetenhaus würde doch auch wenig
bereit sein, wenn es einen Garten seit 30 Jahren besäße, ihn
zur Hälfte dem Herrenhause abzutreten. (Widerspruch links.) Die
Staatsregierung ist überdies der Ueberzeugung, daß sie die königliche
Genehmigung zu einer solchen Umwandlung des Gartens gar nicht
erhalten würde. (Hört, hört! im Centrum.) In seiner Gegnerschaft
gegen den von der Staatsregierung vorgeschlagenen Bauplatz geht Abg.
Berger von falschen Prämissen aus. Man muß doch immer erst einen
Bauplatz haben und dann danach den Bauplan machen. (Widerspruch
links.) Der Vorwurf, daß der Bauplan auf jenem Bauplatze nicht
ausgeführt werden kann, ist also nicht stichhaltig; der Bauplan ist doch
nicht etwas, an dem nichts zu ändern ist. — Das Reichstagsgebäude
soll allerdings größer werden, als das Gebäude der Abgeordneten,
aber es soll im Reichstagsgebäude Vieles untergebracht werden,
was für das Haus der Abgeordneten fortfällt, außerdem aber soll es
auch ein monumentales Denkmal für die Wiedererrichtung des
deutschen Reiches werden. Das Terrain, welches die Regierung jetzt
für das Gebäude der Abgeordneten vorgeschlagen hat, ist übrigens
noch immer 1600 Quadratrußen größer, als das Terrain des gegen-
wärtigen Hauses. — Die Kosten, die das Terrain erfordern würde,
könnten wohl leicht vom Reiche übernommen werden, nachdem wir dem
Reichstagsgebäude gegenüber uns so opferwillig gezeigt haben.

Abg. v. Rauchhaupt: Die Aeußerungen des Herrn Finanz-
ministers haben eine dankenswerthe Klärung in die Sache gebracht.
(Hört! und Widerspruch links.) Wir, meine Herren, weichen nur der
äußersten Nothwendigkeit, wenn wir dieses Haus hier verlassen, denn
wir möchten gern den Steuerzahlern die Ausgabe für ein neues Haus
ersparen — aber wir können wirklich hier nicht bleiben. Da nun nach
den Erklärungen des Ministers das Terrain hinter dem Herrenhause
nicht zu haben ist, erscheint doch das offerirte Terrain als ein sehr
günstiges. Können wir denn etwas Günstigeres für uns bekommen,
als einen Platz neben dem neuen Reichstagsgebäude? Das Reich ist,
wie wir soeben hörten, doch bereit, mit der preussischen Regierung sich
dafür zu arrangiren. Ich sehe also gar keinen Grund für das Haus,
das Projekt der Regierung abzulehnen und wir beantragen daher, den
Gesamtvorstand zu ermächtigen, auf Grund der Regierungsvorlage
mit der Reichs- und der preussischen Regierung zu verhandeln. (Beifall
rechts.)

Abg. Löwe (Berlin): Wir könnten dem soeben gehörten An-
trage doch nur zustimmen, wenn der vorgeschlagene Platz geeignet und
ausreichend wäre. Das aber ist eben nicht der Fall. Mir ist eine
verfehltere Auffassung von der Erwerbung eines Bauplatzes nie vor-
gekommen, als die des Finanzministers (Sehr richtig! links). Wie
kann man denn erst einen Bauplatz kaufen und dann den Plan machen
wollen? Der Plan, der von dem Vorstande dieses Hauses gemacht
worden ist, muß eben als Maßstab für die Ermüdung angelegt
werden, ob ein Platz geeignet ist oder nicht. — Das von der Regierung
vorgeschlagene Terrain ist nun aber weder für den Bau geeignet, noch
dafür disponibel. Die Geizanlagen, die für den Reichstag sich nöthig
machen, können nur dort angelegt werden, wo das Abgeor-
dnetenhaus hinkommen soll. Man hat auch das Reich noch gar
nicht gefragt, ob dieser Platz noch frei ist. Und wenn auch
selbst frei, reicht dieser Platz doch für die Erfordernisse des Abge-
ordnetenhauses nicht aus. — Gegen das Terrain der Porzellan-
Manufaktur hat der Minister geltend gemacht, Se. Majestät würde
mit der Erwerbung jenes Grundstückes für das Abgeordnetenhaus
nicht einverstanden sein. Damit wäre die Sache für uns erledigt,
wenn wir die Ueberzeugung hätten, daß Se. Majestät gut informiert
ist. Hat Se. Majestät aber nur gehört, was der Finanzminister
heute hier gesagt hat, so ist das in der That keine gute Information;
wir hoffen, daß Se. Majestät bei besserer Information über die Ange-
legenheit vielleicht anders denkt. — Auch soll ja das Herrenhaus gar
nicht die Hälfte, sondern nur ein Stückchen seines Gartens abtreten
und dazu wird es wohl bereit sein, besonders da der Garten doch so
wenig benutzt wird. — Wird der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt an-
genommen, so wird, glaube ich, das Präsidium sich bald überzeugen,
daß das Terrain, welches die Regierung vorgeschlagen hat, ungeeignet
ist und daß allein der Würde des Hauses entsprechend ein Neubau auf
dem Terrain der Porzellan-Manufaktur sein würde. (Beifall links.)

Minister v. Scholz: Der Vorredner hat die verbindliche Erklä-
rung abgegeben, daß ich über Bauplan und Bauplatz mich sehr verfehrt
geäußert habe. Aber was Abg. Löwe vom Bauplan gesagt, gilt nur
vom Bauprogramm — erst wird dieses aufgestellt, dann der Bauplan
erworben und dann der Bauplan gemacht. (Widerspruch links.) Die
Sachverständigen halten das von uns vorgeschlagene Terrain für ge-
eignet, Abg. Löwe nicht — man kann doch aber nicht den Letzteren
allein hören. Abg. Löwe verlangt, daß Se. Majestät besser informiert
werde — ich verstehe das nicht recht. Denn daß die Krone ihre Rath-
geber nicht nach den Wünschen und Informationen des Abg. v. Löwe
wählt, und daß diese Rathgeber ihre Ueberzeugung und nicht die des
Abg. Löwe an allerhöchster Stelle vortragen, ist doch natürlich und be-
kannt. (Beifall rechts, lebhaftes Zischen links.)

Abg. Gobrecht: Ich kann mich nur durchaus den Ausführungen
des Abg. Berger anschließen. Bauprogramm und Bauplan sind in
diesem Falle so wohl verwandt, daß von einer Verwechselung seitens
des Abg. Löwe gar nicht die Rede sein kann. Der Plan, der von
dem Vorstande unseres Hauses eingereicht worden, ist nach dem Urtheil
der Sachkenner ein musterbildiger und überall als ein sehr zweckmäßiger
und bescheidener anerkannt worden. So ist z. B. für den Sitzungssaal
die Hälfte des Raumes verlangt worden, den der Reichstag für die
verhältnismäßig geringere Zahl seiner Mitglieder erhalten wird. (Hört,
hört! links.) Dieser Bauplan muß also maßgebend sein für die Wahl
des Platzes. Dem Veto der Krone müssen wir uns beugen, aber ich
sage: Dieser unbegrenzten Gerechtigkeit vor der Krone gegenüber steht
unser Recht zu fordern, daß die Regierung offen vor Sr. Majestät
darüber spricht. Die Gründe, die der Finanzminister hier und vor Sr.
Majestät geltend gemacht hat, sind durchaus unzutreffend. Nach 15
Jahren wird der Garten des Herrenhauses so wie so bebaut sein.
(Sehr richtig! links.) Der Vorschlag der Regierung ist zwar ganz
loyal, aber der Platz ist doch durchaus unzureichend. (Redner führt
dies in technischen Darlegungen aus.) Nachdem die Regierung aber
diese Vorlage gemacht hat, sind wir zu einer genauen Prüfung der-
selben verpflichtet. Ich halte nicht eine Kommission, sondern den Ge-

samtvorstand des Hauses am besten für diese Prüfung geeignet und
beantrage daher, die betr. Vorlagen dem Gesamtvorstande zur Prü-
fung und Berichterstattung zu überweisen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Reichensperger (Köln): In dieser Frage muß ich
mich den Ausführungen der Redner von der Linken anschließen. Vor
allen Dingen ist es nöthig, zuerst einmal dem Herrenhause gegenüber
festen Fuß zu fassen. Aus formellen Bedenken, da ich auch über den
von der Regierung vorgeschlagenen Bauplatz noch kein abschließendes
Urtheil habe, kann ich dem Antrage des Abg. Berger nicht zustimmen,
und bitte Sie, sich für den Antrag Gobrecht zu erklären.

Abg. Stenzel tritt gleichfalls für den Antrag Gobrecht ein und
hält die vom Finanzminister gegen das Terrain der Porzellan-
Manufaktur vorgebrachten Gründe für keineswegs zutreffend. Ein
Konflikt mit der Krone wegen des Bauplatzes würde im Lande gar kein
Verständniß finden. — Redner will aber, wie seine politischen Freunde,
seine Abstimmung über die Forderung der 300 000 Mk. für die Speicher-
Grundstücke nicht, wie gestern geltend gemacht worden, von dieser Vor-
lage des Neubaus des Abgeordnetenhauses abhängig machen.

Abg. Dr. Windthorst: Die Nothwendigkeit, aus diesem Hause
so bald als möglich herauszukommen, ist unbedingt vorhanden. Es
handelt sich dabei durchaus nicht um unsere Bequemlichkeit, sondern
wir wünschen nur einen Aufenthaltsort, der für unsere Gesundheit
nicht direkt gefährlich ist. Der von der Regierung vorgeschlagene
Platz ist ja nun ganz geeignet, aber ich glaube doch, daß der
Reichstag auf die vorgeschlagene Gemeinsamkeit des Gebäudes
für beide Korporationen nicht eingehen wird. Ich würde noch zwei
andere Plätze vorschlagen, einmal den der großen Kaserne am
Rupfergraben, dann den Dönhofsplatz. An Letzteren haben wir
uns ja schon gewöhnt, und wenn wir dort ein schönes Gebäude
aufrichten und es mit Anlagen umgeben, so würde das gemäß der
Stadt zur Zierde und den Abgeordneten zum Wohlbehagen dienen.
Der Magistrat würde auch gewiß in solchem Falle einmal entgegen-
kommen können, wie das in andern Städten doch der Fall ist.
Allerdings will ich den von der Regierung vorgeschlagenen Platz nicht
ganz und gar zurückweisen, aber man sollte auch die anderen Möglich-
keiten in Betracht ziehen. In diesem Sinne trete ich dem Antrage
Gobrecht bei und glaube auch, daß der Abg. Gobrecht mit dieser Auf-
fassung zufrieden sein wird. Hinzufügen will ich nur, daß man die
ganze Angelegenheit möglichst beschleunigen möge, damit die Vorberei-
tungen zum Bau ohne Säumen in Angriff genommen werden können.
— Wenn der Abg. Stenzel darauf hinweist, daß er und seine politi-
schen Freunde die Bewilligung der 300 000 Mk. für den Anlauf der
Speichergrundstücke nicht hiervon abhängig mache, so erwiedere ich ihm,
daß sich auch bei uns alles finden. Wir wollen nur die
300 000 Mk. brauchen, um die zunächst liegenden Bedürfnisse zu be-
friedigen, und es ist daher nicht recht von ihm, uns so zu Gemüthe
zu führen, daß wir jene Verwendung vorschlagen. (Zustimmung im
Centrum.)

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag Gobrecht mit großer
Majorität angenommen.

Ohne weitere Diskussion wird sodann der Etat des Hauses
der Abgeordneten, der des Herrenhauses, der Staats-
schuldenverwaltung und der Verwaltung der in-
direkten Steuern erledigt.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung
wünscht

Abg. Dr. Hammacher die Einstellung der Einnahmen aus den
Rückzahlungen der zur Abhilfe von Nothständen bewilligten Darlehen
in den Etat der Staatsschuldenverwaltung, anstatt in den der all-
gemeinen Finanzverwaltung, weil in diesem Verfahren die Gefahr einer
Täuschung liege, als reichten die im Staatshaushaltsetat aufgeführten
Ausgaben zur Deduktion größerer Summen aus als es in Wirklichkeit
der Fall sei.

Minister v. Scholz erklärt, daß dieses Verfahren wohl mit dem
Gesetze in Einklang stünde, und daß aus praktischen Gründen nament-
lich wegen der Kleinheit der Beträge und des gegen jene Nothstands-
schuldner zu übenden nachsichtigeren Verfahrens eine Aenderung sich
nicht empfehle.

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird darauf ge-
nehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Etat.

Schluß 2½ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. Febr. In der Petitionskommission wurde am 11.
Februar über die Petition des Magistrats der Stadt Hildes-
heim verhandelt, welcher beantragte, den Domänenfiskus zur weiteren
Gewährung der unter dem Namen Bunge an Arme entrichteten Prä-
bende zu veranlassen. Auf einer auf den Fiskus in neuer Zeit über-
gegangenen Besitzung lastet eine Abgabe, deren jährliche Hebung an
Arme ohne Unterschied der Konfession vertheilt wurde. Die Abgabe
war in neuer Zeit in eine Geldabgabe von 37 Thalern 10 Groschen
umgewandelt. Von den Beiträgen, „Bungen“ genannt, sind in neuester
Zeit einige Beträge nicht mehr gezahlt und es ist schon 1840 in Aus-
sicht gestellt, daß nach Absterben der damaligen Empfänger überhaupt
die Zahlung nicht mehr erfolgen würde, weil es an einem Rechtsgrunde
dazu und für die freigeigelt gemachten Gaben an der Bezeichnung be-
stimmter berechtigter Empfänger fehle, der Anspruch auch schon seit
längerer Zeit freitlig sei. Die Stiftungsurkunde ist allerdings nicht
mehr zu ermitteln, und es ist auch vorgekommen, daß bei der Unter-
vertheilung andere als Arme bedacht worden sind. In der Kommission
wurde aber geltend gemacht, daß eine Stiftungsurkunde gewesen und
seit 1682 die Abgabe gezahlt worden sei. Erst im Jahre 1820 habe
man Bedenken gegen die Verpflichtung erhoben. Verpflichteter sei
Fiskus jetzt, auf den bei dem Erwerbe des Landes die Abgabe über-
gegangen sei; die Abgabe sei gleichmäßig an bestimmte Persönlichkeiten
zur Untervertheilung gezahlt. Gätten die letzteren bei der Unter-
vertheilung vielleicht einzelne Ungehörigkeiten vorgenommen, so befreie
dieses den Fiskus nicht von seiner Verbindlichkeit; auch liege nichts
vor, daß nur eine ganz in das Belieben des Verpflichteten gestellte
Freigebigkeit vorliege. Hiernach wurde gegen die Ausführung des Re-
gierungskommissars die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung
einstimmig von der Kommission beschlossen.

— Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordneten-
hauses hat in der Sitzung vom 9. d. unter Zurücknahme des in der
vorigen Sitzung beschlossenen Antrags, die Petition von Dr. Rappah-

und Genossen in Graudenz um Erlaß eines Gesetzes, welches die Stadt Deutsch-Eylau statt Freistadt als Wahlort der für die Kreise Graudenz und Rosenberg (2. Marienwerder) zu wählenden Abgeordneten bestimmt, einstimmig beschloßen, sowohl über diese Petition als über eine neue inzwischen eingegangene, welche die Verlegung des Wahlortes nach Graudenz befürwortet, zur Tagesordnung überzugehen, nachdem sich herausgestellt hat, daß ein Antrag zur Abänderung des bestehenden Zustand nicht vorliege. — Die Wahl des Abg. v. Kasler (2. Marienwerder) wurde für gültig erklärt, gleichzeitig aber beschloßen, die Wahlakten der Regierung zu überweisen, zur Erwägung, ob wegen der vorgekommenen Wahlbeschwerden eine Untersuchung einzuleiten sei. Es ist nämlich festgestellt, daß Wählern für den Fall, daß sie ihre Stimmen den konservativen Kandidaten geben würden, eine Entschädigung für Versäumnisse von 50 Pf. per Kopf versprochen und auch gezahlt worden ist. Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Wurmb (11. Wiesbaden) wurde zunächst beschloßen, durch den Präsidenten des Hauses die Regierung zu ersuchen, die Identität einer im Wahlprotokoll als Bürgermeister bezeichneten Person mit einem in der Wahlliste als Aderer aufgeführten Wähler festzustellen. Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl wurde ausgesetzt, da der Gewählte nur gerade die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, der Wegfall einer Stimme also das Wahlergebnis beeinflussen würde. Die Wahlen der Abg. Stengel und Douglas (7. Magdeburg) wurden für gültig erklärt.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 12. Februar. Die großen außerordentlichen Aufwendungen für die königlichen Museen in Berlin, für welche der neue Etat die Mittel auswirft, sind im Abgeordnetenhaus mit ansehnlicher Mehrheit, 192 gegen 122 Stimmen, bewilligt worden. Die Minderheit bestand aus dem Zentrum und den Polen, welche geschlossen die Forderung ablehnten, einigen zwanzig Konservativen und vereinzelt Mitgliedern aller übrigen Parteien. Schon die Thatsache, daß alle Parteien einige verneinende Stimmen abgaben, weist darauf hin, daß die gegen den Vorschlag erhobenen Bedenken nicht ganz unerheblicher Natur sind. Zwei Millionen Mark sind in der That in einer Zeit, wo fortwährend neue Steuerprojekte auftauchen und zur Friedebigung anerkannter Bedürfnisse die Mittel fehlen, eine hohe Summe, und die speziellen Verwendungszwecke dieser Summe entziehen sich noch der allgemeinen Kenntnis; man ist nach mancherlei Erfahrungen nicht ganz sicher, ob nicht bei der Auswahl der zu erwerbenden Kunstgegenstände Mißgriffe vorkommen könnten. Diese Einwendungen lassen sich wohl hören, es ist aber damit auch Alles gesagt, was gegen den Vorschlag geltend gemacht werden kann. Von der andern Seite konnte dagegen mit Recht erwidert werden, daß die regelmäßigen Ausgaben und diese einmalige außerordentliche Aufwendung für Kunstzwecke keineswegs das Maß übersteigen, welches ein großer Staat für seine idealen Bildungsziele und auch für die wichtigsten praktischen Interessen, die mit jeder Bereicherung der Bildung und des Schönheitsfinnes zusammenhängen, zu leisten die Pflicht hat. Was wollen bei einem Riesenetat, wie dem des preussischen Staates, schließlich 2 Mill. Mark besagen, wenn damit der geistige Besitz und der künstlerische Genuß der ganzen Nation eine werthvolle Bereicherung erfährt? Wenn der Staat an ideale Aufgaben erst dann herantreten dürfte, wenn alle materielle Noth aus der Welt verschwunden ist, dann könnte er in alle Ewigkeit darauf verzichten. Ganz ungerechtfertigt, aber bei der Abstimmung der meisten Mitglieder der Minorität maßgebend ist der Vorwurf, daß Berlin, der „Wasserlopf“ der Monarchie, um einen beliebigen Ausbruch zu gebrauchen, immerfort auf Kosten der Provinzen bevorzugt werde. Zunächst hat die Hauptstadt eines Reiches, die alljährlich Millionen von Besuchern von nah und fern anzieht und gewissermaßen die Repräsentation der ganzen Nation übernimmt, allerdings das Recht und den Anspruch, bei allen Veranstaltungen für öffentliche, für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke den Vorrang einzunehmen. Diesem natürlichen Anspruch wird aber bei uns in einem keineswegs ausschweifendem Maße Rechnung getragen. Es giebt kein Land in der ganzen Welt — das ist eine allbekannte und vor Augen liegende Thatsache — welches in Bezug auf künstlerische und wissenschaftliche Interessen sich weniger einen einzigen Zentral- und Brennpunkt geschaffen hätte als Deutschland. Allwärts blüht bei uns in mittleren und selbst in kleinen Städten die Pflege der Kunst und Wissenschaft und der Staat fördert nach Kräften diese Blüthe. Diese Thatsache ist überaus wohlthuend und segensreich im Gegensatz zu andern Ländern, wo aller Glanz sich an einem einzigen Brennpunkt konzentriert. Den Merkmalen rheinischen Widersachers von jeder der Reichshauptstadt widersprechenden Auszeichnung konnte der Kultusminister mit Recht vorhalten, wie viel gerade die Rheinlande von den staatlichen Aufwendungen für Kunstzwecke genießen. Sie brauchen auch nur den Blick auf den Kölner Dom zu werfen, der unter preussischer Herrschaft herrlich erstanden ist, nachdem ihn das geistliche Regiment fast bis zum Abbruch hatte verfallen lassen. Es ist nicht die Art des preussischen Staats, das „hungernbe Bolk“, das Herr Windthorst aufzurufen für gut hielt, und seine übrigen staatlichen Aufgaben zu vergessen, um unfruchtbaren äußeren Glanzes willen. Dieser „spartanische“ Staat wird auf Abwege und Uebertreibungen nach letzterer Richtung hin niemals verfallen. Aber im gebührenden Maß und Umfang ideale künstlerische und wissenschaftliche Zwecke zu fördern, wollen wir uns durch die kleinlichen Einwendungen der Ultramontanen nicht verhindern lassen. Das ist selbst in den engsten und ärmlichsten Verhältnissen der preussischen Monarchie nicht vernachlässigt worden.

— Prinz Georg von Preußen, geb. 1826, feierte am heutigen Tage in aller Stille sein Geburtsfest. Aus dieser Veranlassung statteten demselben im Laufe des Tages der Kaiser, die kronprinzlichen Herrschaften und die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie wie alljährlich Gratulationsbesuche ab. Bereits am Morgen hatte der Prinz die Glückwünsche seines Bruders, des Prinzen Alexander, und der Herren seines Hofes u. entgegengenommen. Die prinzipalen Palais hatten zur Feier des Tages die Flaggen aufgezogen.

Dresden, 9. Febr. Dem „Leipz. Ztbl.“ wird geschrieben: Der Rebatteur der „Süddeutschen Post“ in München, Max Regel, ist hier verhaftet worden. Man bringt die Verhaftung in Zusammenhang nicht nur mit der anonymen Verbreitung sozialdemokratischer Drohbrieife, die sogar ihren Weg in das königliche Schloß gefunden haben, sondern auch mit der in voriger Woche anonym erfolgten postmässigen Zustellung einer Nummer des „Züricher Sozialdemokraten“ an sämtliche Abgeordnete der zweiten Ständekammer, in welcher ein roth angelegter Artikel zu lesen war, der das Privatleben eines konservativen Landtags-Abgeordneten in schamlos entstellter Weise schilderte. Der Verhaftete soll jene Drohbrieife expedirt und die verbotene sozialdemokratische Zeitschrift massenhaft hier vertrieben haben.

Paris, 10. Febr. Das hochhoffijöse „Memorial diplomatique“ schreibt über die Lage in Egypten:

„Wir gestehen, daß wir die optimistischen Ansichten des Ministeriums Gladstone nicht theilen können. Nach unserer Meinung findet der Mahdi auf die möglichst vollständige Eroberung von ganz Egypten, und er hat allen Grund, bei der Durchführung seines Projekts auf die Bevölkerung zu zählen, welche die englische Okkupation wohl einschüchtern, aber deren Sympathien sie nicht zu gewinnen vermochte. England hat dem Sultan und Europa gegenüber die Verantwortlichkeit für alles das übernommen, was mit der Vazifizierung und der guten Regierung Egyptens in Verbindung steht. Will England abwarten, bis der Mahdi in Khartum und Berber ist, um ihm neue Konzessionen zu machen, welche nur alle dem Khedive und den Engländern feindlichen Elemente ermutigen würden? Ist dies nicht die Absicht Englands, so muß es zu rationelleren und wirksameren Mitteln greifen, um die Forderungen des falschen Propheten zurückzudrängen. Militärisch wird es über denselben ohne die Mitwirkung des Sultans, des Souveräns Egyptens, dessen Prestige als Khalif unter jenen Bevölkerungen ein gewaltiges ist, nicht triumphieren können. Politisch kann England nicht hoffen, einen regulären Zustand der Dinge dort herzustellen ohne die Mitwirkung der Großmächte und Frankreich im Besonderen. Der Irrthum Gladstone's war, in Egypten allein sein, allein handeln und allein triumphieren zu wollen. Die Ereignisse haben ihm die Unmöglichkeit hiervon gezeigt; Vernunft und Einsicht rathen ihm, davon abzulassen. Das Versehen, das wir uns gestatten ihm anzuerkennen, ist das einzige, welches schnelle und gute Resultate verspricht: England ist zu praktisch, um es zurückzumeifen, weil es gleichzeitig den Rechten Dritter und dem Geist der internationalen Verträge entspricht.“

Dagegen erklärt der opportunistische „Paris“ zu der Nachricht des Pariser „Times“-Korrespondenten über eine bevorstehende Kooperation Frankreichs mit England im Sudan:

„Daß England aufziehen sein würde, unsere Unterstützung zu erlangen in den Verlegenheiten, worin seine Kopfschmerzen es gestürzt hat, daran zweifeln wir keinen Augenblick. Aber zu glauben, daß Frankreich, nachdem es durch England aus Egypten herausgedrängt worden ist, gerade den Augenblick, wo die Wiederherstellung seines Einflusses im Delta ihm die denkbar meisten Opfer kosten würde, wählen werde, um England seine Unterstützung anzubieten, das heißt entweder selbst eine naive Stupidität besitzen oder auf die naive Stupidität der Leser zählen. England hat unsere Kooperation nicht gewollt, als es noch Zeit war, die Rebellion der Obersten im Ei zu erdrücken ohne weitere Opfer, als das von einigen Millionen. Dies war der erste seiner Fehler, die Quelle seiner jetzigen Verlegenheiten. Es hat sich feierlich verpflichtet, die Ordnung allein in Egypten wieder herzustellen. Es muß sein Versprechen halten und sich allein aus der Affaire ziehen. Wenn es sich hierzu ohnmächtig erklärt, so möge es dies sagen und dann wird man sehen, ob es möglich ist, an seiner Stelle einzutreten. Aber wir haben noch Zeit hieran zu denken.“

Der „Siècle“, das Blatt des Kammerpräsidenten Brisson, schließt einen längeren Artikel über die „Verhandlungen mit dem Vatikan“: „Weit entfernt, daß die französische Regierung die katholische Kirche nöthig hätte, ist es vielmehr die katholische Kirche, welche dieselbe nöthig hat, aus deren Generosität Nutzen zieht und schwer getroffen sein würde, wenn die französische Republik, welche und nützbringende Traditionen ausgebend, die Sache der Missionen in Asien und Afrika fallen ließe. Man weiß solches vielleicht nicht in den Redaktionsbüros der „Defense“ oder des „Français“, aber man weiß es in Rom und vielleicht geschieht es deswegen, daß man dort für die Regierung der Republik nicht jenen wilden Haß bekundet, welchen ihr die Jesuiten der kurzen Robe, Philippinen oder Bonapartisten weihen.“

Madrid, 11. Febr. Der gestrige Jahrestag der Proklamirung der Republik ist hier wie in den Provinzen durchaus ruhig verlaufen, die angekündigten großen Kundgebungen haben nicht stattgefunden. Von den Komites in den Provinzen wurden aus Anlaß des Tages einige Adressen erlassen, dieselben sind aber wenig zahlreich und wird denselben keinerlei Bedeutung beigelegt.

Petersburg, 10. Febr. Der Londoner „Allgemeinen Korrespondenz“ wird aus Petersburg gemeldet: Ich habe gesprochenweise durch meinen neuen Vertrauensmann einige interessante Aufschlüsse über die Stellung der russischen geheimen Polizei-Agenten erhalten, welche ein grelles Schlaglicht auf die Lage Bedienung dieses Ressorts durch obige Agenten werfen; kein Wunder, daß der Kaiser im höchsten Grade aufgebracht ist, weil noch keiner von den Mördern Sudeikin's abgefaßt worden ist. Ich lasse die eigenen Worte meines Gewährsmannes folgen. Er sagte: „Die geheime Abtheilung stellt ihre Agenten in finanzieller Beziehung wahrhaft traurig; die größte Gage beträgt nicht mehr als 60 Rubel pro Monat. Ein Agent, durch dessen alleinige Thätigkeit der bekannte Scheljabeff (einer von denen, die fünf Mann hoch zusammen hingerichtet wurden), gefaßt wurde, bekam außer einem Salary von 60 Rubel circa 75 Kopelen pro Tag Diäten. Es ist bekannt, daß zur Zeit der Ermordung des verstorbenen Kaisers, als Tursow Chef der geheimen Abtheilung war, der genannte Agent die größte Mühe hatte, von diesem Chef eine kleine Diätentrechnung von circa 17 Rubeln zu bekommen. Derselbe Tursow war vor Gericht (nach der Ermordung) nicht im Stande, über den Verbleib von 200 000 Rubeln, die ihm zu Staatszwecken zur Disposition gestellt waren, Rechenschaft zu geben, und nach seinem Tode wurde sogar für seine angeblich in der größten Armuth zurückgebliebene Frau und Tochter kollektirt! Wie soll man sich das erklären? Daß aber bei einer so traurigen Bezahlung unter den Beamten genannten Ressorts kein besonderer Eifer herrschen kann, ist erklärlich. Als Hartmann in Frankreich war, erbot sich ein französischer Agent für 50 000 Francs den Hartmann der russischen Geheimpolizei in die Hände zu liefern, resp. nach Petersburg zu schaffen. Die Polizei antwortete, sie hätte keine Summe hierfür zur Verfügung, und so blieb die Sache liegen.“

Kairo, 12. Febr. (Telegramm des „Reuter'schen Bureau's“.) Nach einem Telegramm aus Suakim vom heutigen Tage, Vormittags 11 Uhr hatte der Gouverneur von Sinkat, Tewfik Pascha, die Forts in die Luft sprengen und die Kanonen vernageln lassen und sodann gestern früh mit der gesamten 600 Mann zählenden Garnison einen Ausfall gemacht. Wie es heißt, sind sämtliche Mannschaften dabei niedergemacht worden. Die Aufständischen haben Sinkat besetzt.

Newyork, 11. Febr. In einer hier stattgehabten von etwa 500 deutschen und böhmischen Sozialisten besuchten Versammlung, in welcher auch der Sozialist Most das Wort ergriff, wurden mehrere Vorschläge angenommen, in welchen den österreichischen Sozialisten empfohlen wird, sich noch gefährdeter zu machen als bisher und keinen Aristokraten und Fürsten zu verschonen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 13. Februar.

d. Eine Verwahrung. Im „Kurzer Bozn.“ ist eine von 27 polnischen Bürgern unserer Stadt unterzeichnete Erklärung enthalten, in welcher dieselben unter Hinweis darauf, daß die Withe Dzięcki und Polczynski zu Rataj bei Posen von dem k. k. Kreisinspektor Lur aus dem Grunde für Deutsche erklärt worden seien, weil sie eine Petition an die k. k. Regierung in Betr. der Franziskanerkirche, der Kirche der deutschen Katholiken unserer Stadt und deren Umgebung, unterzeichnet haben, sich dagegen verwahren, daß man auch sie aus dem angegebenen Grunde für Deutsche erachte.

Pernissches.

* Deutscher Kolonialverein. Um die kolonialpolitischen Aufgaben Deutschlands in unserer Welt immer mehr und mehr zum Bewußtsein zu bringen und für die Zukunft unseres Vaterlandes, angesichts der Ueberbevölkerung und des immer dringlicheren Mangels eines unbegrenzten, außerhalb des deutschen Reichs liegenden Gebietes, für die geistige und wirtschaftliche Ueberproduktion unseres Volkes neue und höhere Gesichtspunkte zu gewinnen, hat der Deutsche Kolonialverein in diesem Winter eine Zahl kompetenter Männer als Redner für die größeren Städte gewonnen, deren Vorträge er einen weitestgehenden Nachdruck an Mitgliedern verdankt. Unter diesen Rednern waren es u. a. Geheimrath Professor Dr. Geffken, dessen jüngstem Vortrage in Dresden (über die Auswanderungs- und Kolonisationsfrage) der König und die Königin von Sachsen, sämtliche Minister und die Spitzen der Gesellschaft beizuwohnen, — die Afrikareisenden Dr. Max Buchner, Freiherr John v. Müller und Graf Pfeil, — der Vorsitzende der Leipziger handelsgeographischen Gesellschaft Direktor Ernst Jasse, — Redakteur Bachmann aus Buenos Aires, — eine besondere Rührigkeit aber entfaltete ein im Rapland ansässiger deutscher Arzt, Dr. A. Fick, der mit Begeisterung für die Bestrebungen des Kolonialvereins sich diesem während seines kurzen Aufenthaltes im Vaterlande zur Verfügung stellte, um seine in fernem englischen Kolonien gesammelten Anschauungen zu Ruß und Frommen unseres Volkes in freimüthigen Vorträgen darzulegen. In Nürnberg, Geilbrunn, Offenbach, Darmstadt und Mainz hat er in überaus fesselnder Weise das Thema behandelt: „Ist die Welt vergeblich?“ unter Vorlage einer von ihm entworfenen Karte von Afrika, welche nachweist, daß allein dort ein Gebiet dreimal so groß als Europa noch herrenloses Land ist. Dieser Vortrag, der überall einen einschlagenden Erfolg erzielte, ist soeben im Verlage dieses Vereins unter Beigabe einer reproduzierten Karte im Druck erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Möge diese hochinteressante Schrift, welche viele neue kolonialpolitische Gesichtspunkte entwickelt, zu dem Preise von 50 Pf. zahlreichen Absatz finden. Der Ertrag der Schrift ist seitens des Verfassers für das projektierte deutsche Hospital in Rio de Janeiro bestimmt.

* Sturz, 7. Febr. Ueber den in der Schulischen Anstalt verhafteten Hermann Josephson werden verschiedene hier folgende zuverlässige Angaben mitgetheilt. Es ist ein junger Mann, das Josephson in der Nacht vom 22. Januar mit einem Kinde in der Nähe des Hundortes der Leiche gefaßt worden ist, welches er am 22. Januar cr., etwa 5 Uhr Morgens, ein Mann im Dorte von mehreren Personen gesehen worden, welcher einen Saal, in dem sich ein fester Gegenstand zu befinden schien, auf seinem Rücken trug. Wäre in diesem Manne der v. Josephson erkannt worden, und zwar mit zweifelloser Gewißheit, dann läge die Sache für die Untersuchung wahrscheinlich günstiger. Was wohl vorzugsweise die Verhaftung des Josephson veranlaßt hat, ist der Umstand, daß J. nicht nachzuweisen vermochte, wo er sich am 21. Januar cr., Abends von 8 bis 11 aufgehalten hat. Seine Angabe, er sei zu Hause gewesen, wurde durch eine an jenem Abende in der Wohnung des J. arbeitende Schneiderin widerlegt, und J. hat sich nun durch im Gefängnisse zu Br. Stargardt einem Gefangenen zugerufene Worte noch mehr verdächtigt. Wie man aber jetzt schon von der Ermordung eines christlichen Knaben durch einen jüdischen Pferdeschlächter sprechen oder schreiben kann, ist denn doch wahrhaft unbegreiflich. Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß der ja. Nord durch einen Juden verübt sein kann, da es ja unter Juden ebenso gut Verbrecher giebt wie unter den Christen; wir glauben aber auch hervorheben zu müssen, daß zuweilen ganz unschuldige Personen verhaftet und den größten Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden können. Uebrigens dürfen wir, obgleich auch hier anfangs die Fama recht geschäftig war, uns dazu beglückwünschen, daß unser Ort bei Gelegenheit der Entdeckung des grauenregenden Verbrechens einen musterhaften Ordnungssinn, unsere Bevölkerung ein durchaus würdevolles Benehmen dargethan hat. Das Gebot der Nächstenliebe gilt uns für alle Konfessionen, auch den Juden gegenüber. Die Ermittlung und Bestrafung des Verbrechens überlassen wir der zuständigen Behörde, die nicht nach dem religiösen Glauben, sondern nach der begangenen That zu richten hat.

Telegraphische Nachrichten.

Aachen, 12. Febr. Der Bischof Brinkmann, der sich mehrere Tage incognito hier aufgehalten hatte, ist gestern Abend nach Münster abgereist.

Dresden, 12. Febr. Die zweite Kammer hat die Novelle zum Vergesetze sowie den Antrag an die Regierung angenommen, dieselbe wolle ein Schankstättenverbot gegen diejenigen Personen vorlegen, welche mit Absicht oder durch unangeordneten Lebenswandel sich in die Lage versetzt haben, öffentliche Abgaben nicht zahlen zu können.

München, 12. Febr. Die Kammer der Abgeordneten nahm ohne Debatte mit 132 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Vervollständigung der Staatsbahn-Einrichtungen an. Bei der Berathung über den Antrag Refler betreffs Revision der Sozialgesetzgebung machte der Minister des Innern gegen die bezüglichen Paragraphen des Antrages das Bedenken geltend, daß durch dieselben das frühere Veto der Gemeinden bei der Berechtigung nahezu wiederhergestellt werden würde. Der Minister warnte, allzuweit zu gehen, da sich Bayern in Hinsicht auf die Verehelichungsfreiheit gegenüber den übrigen deutschen Staaten in einer Ausnahmestellung befinde. Die weitere Debatte wurde schließlich auf morgen vertagt.

Wien, 12. Febr. Die Regierung legte dem Abgeordnetenhaus einen Nachtragskredit vor, behufs Vermehrung der Sicherheitswache in Wien, sowie einen Gesetzentwurf in Betreff der

